

Inhalt

	Vorwort des Herausgebers	5
1	Die Untersuchungsausschüsse des Bundestages	14
1.1	Übersicht	14
1.2	Untersuchungstypen	14
1.3	Vom politischen Kampfinstrument zum rechtlich geordneten Verfahren	17
2	Verfassungsrechtliche Grundlagen und geschichtliche Entwicklung	22
2.1	Art. 44 Grundgesetz	22
2.2	Die Entwicklung des parlamentarischen Untersuchungsrechts	23
2.3	Der Regelungsinhalt von Art. 44 Grundgesetz	32
3	Verfassungsrechtliche Grenzen des parlamentarischen Untersuchungsrechts	34
3.1	Art. 44 Abs. 1 Grundgesetz im Kontext der übrigen Verfassungsbestimmungen	34
3.2	Grenzen des parlamentarischen Untersuchungsrechts - Überblick -	35
3.3	Die Grenzen des parlamentarischen Untersuchungsrechts im einzelnen	40

3.3.1	Gesetzgebungenenqueten und Enquete-Kommissionen	40
3.3.2	Privatgerichtete Skandalenqueten	43
3.3.3	Zulässigkeitskriterien und Minderheitsrecht	47
4	Das Verfahren der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses	51
4.1	Der Einsetzungsantrag	51
4.2	Die Behandlung des Einsetzungsantrages der qualifizierten Minderheit	54
4.2.1	Die unstreitige Behandlung des Antrages der qualifizierten Minderheit	55
4.2.2	Die streitige Behandlung des Antrages der qualifizierten Minderheit	59
4.3	Die Behandlung des einfachen Minderheitsantrages	63
5	Die Rahmenbedingungen für die Ausschubarbeit - Überblick -	66
5.1	Die Besetzung und Konstituierung des Untersuchungsausschusses	66
5.2	Die Aufnahme der Ausschubarbeit	69
5.2.1	Administrativ - organisatorische Aspekte	69
5.2.2	Rechtliche Aspekte	70

5.2.3	Politische Aspekte	71
5.3	Die rechtlichen Rahmenbedingungen im Überblick	72
6	Das Außenverhältnis zu privaten Dritten	75
6.1	Die Rechtsgrundlage: Art. 44 Abs. 2 Grundgesetz	75
6.2	Prinzipien zur Präzisierung des Art. 44 Abs. 2 Grundgesetz	79
6.3	Die Präzisierung des Art. 44 Abs. 2 Grundgesetz im einzelnen	83
6.3.1	Die Rechtsstellung des Betroffenen	83
6.3.2	Die Rechtsstellung des Zeugen	87
6.3.3	Die Rechtsstellung des Inhabers beweisrelevanter Unterlagen	96
6.3.4	Die Rechtsstellung des Sachverständigen	109
7	Das Außenverhältnis zur Bundesregierung und zu den ihr nachgeordneten Behörden	112
7.1	Die Aktenvorlagepflicht	112
7.2	Die Aussagepflicht von Amtsträgern	120
7.3	Die Verfahrensrechte der Bundesregierung	123

8	Das Außenverhältnis zu den Bundesländern	126
8.1	Die Amtshilfe durch Länderbehörden	130
8.2	Die Aussagepflicht von Landesministern und -beamten	131
8.3	Das Zutritts- und Rederecht der Mitglieder des Bundesrates	133
9	Das Rechtsverhältnis zu Ermittlungsbehörden des Bundes und der Bundesländer	135
9.1	Die praktische Bedeutung	135
9.2	Aussetzung des parlamentarischen Untersuchungsverfahrens?	137
9.3	Die Grundsätze kooperativer Zusammenarbeit	138
10	Die ausschußinterne Interaktion	141
10.1	Überblick	141
10.2	Die Rolle des Vorsitzenden zwischen Mehrheit und Minderheit	145
10.3	Rechte der qualifizierten Minderheit im Ausschuß	147
11	Das Beweiserhebungsverfahren	153
11.1	Die Erhebung des Urkundenbeweises	154
11.2	Die Erhebung des Zeugenbeweises	160

11.3	Die Erhebung des Sachverständigenbeweises	165
11.4	Ausnahmen vom Grundsatz der öffentlichen Beweiserhebung	166
12	Der Abschluß des Verfahrens	170
12.1	Die Beendigung der Ausschußtätigkeit	170
12.2	Der Bericht im Plenum	176
12.3	Wirkungen der Untersuchung	176
13	Gerichtlicher Rechtsschutz im Untersuchungsverfahren	180
13.1	Keine Klage gegen den Einsetzungsbeschluß	181
13.2	Keine Klage gegen den Abschlußbericht	181
13.3	Rechtsschutz bei Beschlagnahme, Beugehaft und gegen Anordnungsbeschlüsse	183
14	Zur Reform des parlamentarischen Untersuchungsrechts	185
14.1	Offene Fragen des parlamentarischen Untersuchungsrechts	185
14.2	Reform-Entwürfe	187
14.3	Aspekte der aktuellen Reformdiskussion	188

15	Anhang	193
15.1	Die Untersuchungsausschüsse des 1. bis 11. Bundestages	193
15.2	Die Untersuchungen des Vertei- digungsausschusses als Untersuchungsausschuß	197
15.3	Die IPA-Regeln	200
16	Literatur	206
17	Stichwortverzeichnis	208